

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 79. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 24. September 2008, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

i. V. von Thomas Rother

Wolfgang Kubicki (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Innenministers über den Vorfall vor dem Amtsgericht Kiel am 29. August 2008	6
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V. mit § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	
2. Bericht des Innenministers über die Polizeiaktion im Juni 2007 gegen Linksradikele in Bad Oldesloe	7
(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V. mit § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)	
3. Bericht des Justizministers zur Situation der Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein	8
hierzu: Umdruck 16/3482	
4. Bericht der Landesregierung zu Munitionsfunden in Timmendorfer Strand	9
Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP) Umdruck 16/3455	
5. Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen	12
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2203	
6. Illegaler Datenhandel	13
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2224	

- 7. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -)** **14**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2201
- b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)**
- Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2152
- 8. Bundesratsinitiative zum besseren Schutz von Berufsgeheimnisträgern** **16**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2216
- 9. Frauen im Justizvollzugsdienst** **17**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2186
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes** **18**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2179
- 11. a) Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung** **19**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2167
- b) Bericht zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2187

12. Verschiedenes

20

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V. mit § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

St Lorenz bittet den Ausschuss, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 nicht öffentlich zu beraten. Der Ausschuss setzt seine Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung fort.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministers über den Vorfall vor dem Amtsgericht Kiel am
29. August 2008**

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich behandelt worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministers über die Polizeiaktion im Juni 2007 gegen
Linksradikale in Bad Oldesloe**

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3
GeschO nicht öffentlich behandelt worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Justizministers zur Situation der Staatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein

hierzu: Umdruck 16/3482

M Döring informiert den Ausschuss über die Überlastungssituation der Staatsanwaltschaften des Landes Schleswig-Holstein, Umdruck 16/3482.

Er weist unter anderem darauf hin, dass er für die von ihm zusätzlich geforderten sechs Dezernentenstellen bei den Staatsanwaltschaften im Rahmen der Fachberatungen zum Haushalt Deckungsvorschläge aus seinem Bereich machen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, stimmt der Einschätzung von M Döring zur Situation der Staatsanwaltschaften voll zu. Er begrüße es, dass dieses Problem jetzt gemeinsam angegangen werde.

Abg. Dr. Klug, Abg. Puls und Abg. Hentschel schließen sich für ihre Fraktionen ebenfalls dieser Auffassung an und begrüßen das Vorgehen. Abg. Hentschel merkt jedoch an, er spreche sich dagegen aus, zum jetzigen Zeitpunkt hier Haushaltsempfehlungen abzugeben.

M Döring weist noch einmal darauf hin, dass es eine ungewöhnliche Situation sei, dass ein Ressort nach der ersten Anmeldung des Haushaltes noch zusätzliche Wünsche äußere. Er habe hierüber schon Gespräche mit dem Finanzminister geführt. Eine Möglichkeit sei, das Ganze jetzt im parlamentarischen Verfahren, als Initiative der Fraktionen zu regeln. Die andere sei, dieses im Rahmen der Nachschiebeliste des Ministeriums mit aufzunehmen. Das könne jedoch dazu führen, dass auch aus anderen Bereichen noch einmal Personalforderungen erhoben werden könnten. - Der Vorsitzende, Abg. Kalinka erklärt, seiner Einschätzung nach seien die Fraktionen offen, das im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zu regeln.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zu Munitionsfunden in Timmendorfer Strand

Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP)
Umdruck 16/3455

St Lorenz stellt zu Beginn seines Berichtes fest, dass am 17. September 2008 der Druckkessel eines deutschen Übungstorpedos im Bereich Timmendorfer Strand angespült worden sei. Der Druckkessel sei bereits drucklos gewesen, Torpedokopf und Maschinenteile hätten gefehlt. Ähnliche Funde habe es bereits 10 und 15 Jahre vorher gegeben.

Er berichtet sodann über die dem Ausschuss schon bekannte Suche nach und Bergung von Kampfstoffen in der Lübecker Bucht, die seit Sommer 2008 laufe und bei der weitere erhebliche Mengen von Kampfmitteln geortet und bewertet worden seien. Die Bergung durch den Kampfmittelräumdienst laufe seit Juli 2008. Bei allen bisher georteten 13 Torpedos habe es sich um Übungstorpedos gehandelt.

St Lorenz informiert weiter über die Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, die zurzeit dabei sei, das Lagebild über konventionelle und chemische Munition in Nord- und Ostsee zu aktualisieren. Darüber hinaus bewerte und erarbeite die Arbeitsgruppe weitere Maßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt und zu weiteren Monitoring-Verfahren.

Er stellt noch einmal im Detail den Hergang des Fundes und der Bergung des Übungstorpedos im Bereich Timmendorfer Strand am 17. September 2008 dar und erklärt, in diesem Seegebiet seien bisher diverse Übungstorpedos und Bauteile gefunden worden. Es sei bekannt, dass in der Lübecker Bucht sowohl durch Außenstellen der Torpedoversuchsanstalt Eckernförde und der Torpedomunitionsbetriebe Kiel Versuche durchgeführt als auch Angehörige der Schnellbootflottille und Seeflieger an Torpedos ausgebildet worden seien. Auch Besatzungen von Klein-U-Booten, die mit bis zu zwei Torpedos ausgestattet gewesen seien, seien im Bereich der Lübecker Bucht ausgebildet worden. Über den Einsatz von Torpedos im Zusammenhang mit den Angriffen englischer Jagdbomber auf die Cap Arkona am 3. Mai 1945 sei nichts bekannt.

Obwohl keiner der bisherigen Funde scharfe Torpedos zutage gefördert habe, habe die Landesregierung weitere Maßnahmen ergriffen. Im Zusammenhang mit der Ortung vermeintlicher in der Lübecker Bucht versenkter Giftgasbehälter habe ein Vermessungsschiff des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie diverse Kampfmittel und unbekannte Objekte geortet. Das Wasser- und Schifffahrtsamt Lübeck habe daraufhin dem Kampfmittelräumdienst insgesamt 18 Aufträge für Bergungen erteilt, die inzwischen durchgeführt worden seien. Dabei sei festgestellt worden, dass es sich um Übungstorpedos ohne Sprengstoff handele. Die Bergung der anderen Munitionsarten erfolge aufgrund einer Prioritätenfestsetzung durch den Kampfmittelräumdienst seit Juni 2008, unter anderem mithilfe eines Wracksuchschiffes des Bundesamtes für Seeschifffahrt. Hierbei seien bislang 15 Übungstorpedos geborgen worden.

St Lorenz verweist abschließend noch einmal auf die von ihm schon genannte neu eingesetzte Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene und auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Bereich der Munitionsbergung.

Abg. Dr. Klug fragt nach der Einschätzung der Landesregierung, wie sicher und zuverlässig die auf den Seekarten als Sperrgebiet oder unreines Gebiet verzeichneten Angaben zu bewerten seien, wenn auch außerhalb dieser Sperrgebiete Munition angeschwemmt werde. - St Lorenz antwortet, natürlich kämen auch außerhalb dieser verzeichneten Gebiete Kampfmittel vor, da die Versenkung während und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht geordnet abgelaufen sei. Dazu komme das Problem der Verdriftung. Die eingezeichneten Sperrgebiete bezögen sich in erster Linie auf die bekannten Versenkungsgebiete. Letztlich sei jedoch in jedem Einzelfall eine Gefährdungsanalyse erforderlich.

Eine weitere Frage von Abg. Dr. Klug zur Abstimmung mit allen beteiligten Behörden und den verschiedenen Bundesländern beantwortet St Lorenz dahin, bei gemeinsam betroffenen Gewässern verständigten sich die Länder untereinander, wie man damit umgehen wolle. Die Abstimmung im Lande erfolge - wie er eben schon dargestellt habe - auf den unterschiedlichsten Ebenen, sodass aus seiner Sicht kein Abstimmungsdefizit festzustellen sei.

Abg. Dr. Klug regt an, noch einmal eine Initiative der Landesregierung zu starten, um die Fangprämie für Fischer, die Kampfmittel in ihren Netzen fänden, wieder einzuführen. - St Lorenz erklärt, Schleswig-Holstein habe sich beim Bund für die Wiedereinführung dieser Ausgleichsprämie für Fischer eingesetzt, eine aktuelle Reaktion darauf sei ihm nicht bekannt. - Ein Mitarbeiter des Ministeriums ergänzt, dass es in dieser Angelegenheit viel Schriftverkehr gegeben habe, letztendlich sei jedoch keine Änderung erreicht worden.

St Lorenz stellt abschließend fest, natürlich könne man immer wieder die Frage stellen, ob nicht die gesamten Meere nach entsprechenden gefährlichen Gegenständen abgesucht werden müssten, ein solches Programm könne jedoch in absehbarer Zeit nicht abgearbeitet werden. Deshalb sei es richtig, sich auf bekannt gewordene Fälle zu konzentrieren, in denen eine konkrete Gefährdung möglich sei.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2203

(überwiesen am 10. September 2008 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**,
den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Auf Vorschlag von Abg. Lehnert beschließt der Ausschuss, sich zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Nationalpark Wattenmeer zur Ausweitung der Ölförderung schützen, Drucksache 16/2203, dem Verfahren des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses anzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Illegaler Datenhandel

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2224

(überwiesen am 11. September 2008)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss richtet die Bitte an den Innenminister, ihm einen schriftlichen Bericht über die Ergebnisse des Datenschutzgipfels auf Bundesebene sowie über den Sach- und Verfahrensstand auf Bundesebene zuzuleiten. Außerdem bittet er den Landesdatenschutzbeauftragten, zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Illegaler Datenhandel, Drucksache 16/2224, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2201

(überwiesen am 11. September 2008)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2152

(überwiesen am 16. Juli 2008)

- Verfahrensfragen -

Abg. Puls schlägt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu den beiden Gesetzentwürfen vor.

Abg. Hentschel nimmt Bezug auf die Plenardebatte zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes, in der die FDP angekündigt habe, zu diesem Thema einen weiteren Gesetzentwurf, sozusagen eine Neufassung der gesamten Struktur des Wahlrechts, einzubringen, der inhaltlich dem entspreche, was die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon letztes Jahr ins Plenum eingebracht habe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde in diesem Fall dann auch noch einmal ihre Gesetzesinitiative aus dem letzten Jahr erneut in die Diskussion mit einbringen wollen. Deshalb schlage er vor, diese zusätzlichen Vorlagen zunächst abzuwarten und dann eine gemeinsame Anhörung vorzunehmen.

Abg. Lehnert spricht sich dafür aus, diese jetzt angekündigten zusätzlichen Vorlagen nicht mit den Beratungen zu den Gesetzentwürfen zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes und des Landeswahlgesetzes zu verbinden, weil es sich - auch wenn das gleiche Gesetz betroffen sei - um unterschiedliche Regelungsgegenstände handele.

Abg. Dr. Klug begrüßt den Verfahrensvorschlag von Abg. Hentschel und erklärt, die FDP-Fraktion könne zeitnah ihren zusätzlichen Gesetzentwurf einbringen.

Der Ausschuss beschließt, über das weitere Verfahren nach Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe aus den Fraktionen der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu beschließen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bundratsinitiative zum besseren Schutz von Berufsgeheimnisträgern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2216

(überwiesen am 11. September 2008)

- Verfahrensfragen -

Auf Vorschlag von Abg. Puls spricht der Ausschuss die Bitte an den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages aus, zum Antrag der Fraktion der FDP, Bundratsinitiative zum besseren Schutz von Berufsgeheimnisträgern, Drucksache 16/2216, eine schriftliche Stellungnahme mit den Schwerpunkten: Begründung für die bundesgesetzliche Differenzierung zwischen den Berufsgeheimnisträgern, eine Einschätzung der sachlichen Rechtfertigung dieser Unterscheidung und zu dem Problem der Abgrenzung der betroffenen Berufsgruppen - insbesondere des Berufs Journalist und die Abgrenzung zwischen Anwalt und Strafverteidiger -, in absehbarer Zeit zu erarbeiten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Frauen im Justizvollzugsdienst

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2186

(überwiesen am 11. September 2008 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, eine mündliche Anhörung der GdP-Regionalgruppe Justiz und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten zum Bericht der Landesregierung zu Frauen im Justizvollzugsdienst, Drucksache 16/2186, in einer seiner nächsten Sitzungen durchzuführen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2179

(überwiesen am 11. September 2008)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss kommt überein, zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes, Drucksache 16/2179, den in Schleswig-Holstein zuständigen Verband der Schiedsleute, die Landesvereinigung Schleswig-Holstein im BDS, anzuhören. Die Fraktionen werden gebeten, gegebenenfalls noch zusätzliche Anzuhörende zu benennen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

a) Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2167

(überwiesen am 17. Juli 2008 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

b) Bericht zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2187

(überwiesen am 11. September 2008 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses zur Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung, Drucksache 16/2167, an und beschließt, im Wege des Selbstbefassungsrechtes auch den Bericht der Landesregierung zur Unterbringung und Zwangsarbeit von Kindern/Jugendlichen in ehemaligen Heimen der Landesfürsorgeerziehung, Drucksache 16/2187, in seine Beratungen mit einzubeziehen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

M Döring bittet den Ausschuss, in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil über Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit Sexualstraftätern berichten zu dürfen.

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich behandelt worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der amtierende Vorsitzende, Abg. Puls, schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

Werner Kalinka
Vorsitzender

Klaus-Peter Abg. Puls
amtierender Vorsitzender

Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin